

Baden-Württemberg vor der Bundestagswahl 2013

Hin, Monika; Schneider, Ellen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hin, M., & Schneider, E. (2013). Baden-Württemberg vor der Bundestagswahl 2013. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 7, 48-53. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-408395>

Nutzungsbedingungen:

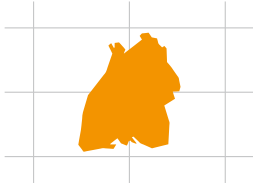
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Baden-Württemberg vor der Bundestagswahl 2013

Monika Hin, Ellen Schneider

Monika Hin M. A. ist Leiterin des Referats „Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Ellen Schneider ist Referentin im gleichen Referat.

Am 22. September 2013 findet die 18. Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Die nach der Bundestagswahl 2009 gebildete Koalition aus CDU/CSU und FDP steht dabei auf dem Prüfstand der Wählerinnen und Wähler. Der folgende Beitrag blickt zurück auf die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009, bei der die im Bundestag vertretenen Parteien auf Bundes- und Landesebene Ergebnisse von historischer Dimension erzielten. Zusätzlich werden mit Hilfe der Daten der Repräsentativen Wahlstatistik Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung nach Geschlecht und Alter dargestellt. Weiteres Augenmerk liegt auf den Änderungen der Wahlkreiseinteilung des Landes und Änderungen des Wahlrechts.

Bundestagswahl 2009: Ablösung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD durch CDU/CSU und FDP

Bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 wurde die regierende Große Koalition von einem Bündnis aus Unionsparteien und Liberalen abgelöst. CDU und CSU kamen bundesweit auf insgesamt 33,8 % der

gültigen Zweitstimmen und mussten damit im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl im Jahr 2005 leichte Verluste von 1,4 Prozentpunkten hinnehmen. Nur 1949 hatten die Unionsparteien ein noch niedrigeres Ergebnis. Die SPD fuhr bundesweit erhebliche Verluste ein (– 11,2 Prozentpunkte gegenüber der Bundestagswahl 2005) und erreichte mit einem Zweitstimmenanteil von 23,0 % ihr niedrigstes Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1949. Die FDP konnte sich dagegen deutlich verbessern (+ 4,8 Prozentpunkte) und erzielte mit 14,6 % der gültigen Zweitstimmen ihr historisch bestes Ergebnis. Auch die übrigen im Bundestag vertretenen Parteien erzielten Höchstwerte. DIE LINKE konnte ihre Position in der Wählergunst halten und verteidigte mit einem deutlich gesteigerten Zweitstimmenanteil von 11,9 % (+ 3,2 Prozentpunkte) ihren vierten Rang. Die GRÜNEN erhöhten ihren Zweitstimmenanteil um 2,6 Prozentpunkte auf 10,7 % der gültigen Stimmen. Auf die sonstigen Parteien entfielen insgesamt 6,0 % der gültigen Zweitstimmen (2005: 3,9 %), wobei die PIRATEN mit einem Stimmenanteil von 2,0 % die erfolgreichste der nicht im Bundestag vertretenen Parteien war.

Die Wahlbeteiligung ging bei der Bundestagswahl 2009 erneut zurück. Bundesweit sank die Wahlbeteiligung gegenüber 2005 um 6,9 Prozentpunkte und erreichte mit 70,8 % in Deutschland ein Rekordtief.

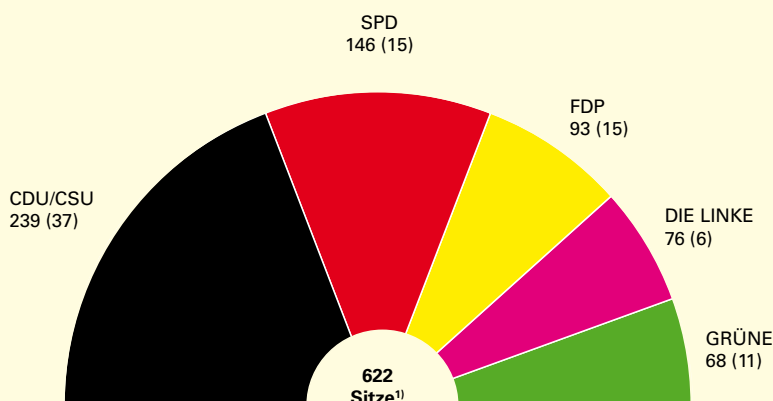
Der 17. Deutsche Bundestag setzte sich nach den Wahlergebnissen aus 622 Abgeordneten zusammen. Eingeschlossen sind 24 Überhangmandate, die allesamt an CDU und CSU gingen. Auf die Unionsparteien entfielen insgesamt 239 Sitze und auf die FDP 93. CDU/CSU und FDP verfügten somit über eine absolute Mehrheit zur Regierungsbildung von 332 Sitzen. Von den Oppositionsparteien stellte die SPD 146 Abgeordnete, DIE LINKE 76 und die GRÜNEN 68 (*Schaubild 1*).

Historische Ergebnisse auch in Baden-Württemberg

Die Bundestagswahl 2009 war auch in Baden-Württemberg eine besondere Wahl: Während

S1

Sitzverteilung im 17. Deutschen Bundestag nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 2009*)



*) Endgültige Ergebnisse. – 1) Anzahl der Abgeordneten aus Baden-Württemberg in Klammern.

die beiden großen Parteien CDU und SPD historisch niedrige Ergebnisse hinnehmen mussten, erreichten die anderen im Bundestag vertretenen Parteien Rekordergebnisse. Bei den Direktmandaten lag die CDU im Land klar vorne und gewann 37 der 38 Bundestagswahlkreise im Land. Die SPD verlor im Vergleich zu 2005 drei Direktmandate an die CDU (Stuttgart II, Mannheim, Lörrach-Müllheim) und konnte somit lediglich noch in einem Wahlkreis (Freiburg) die meisten Erststimmen verbuchen. Bezüglich der Zweitstimmenanteile blieb die CDU zwar klar stärkste Partei, verlor aber 4,8 Prozentpunkte und erlangte mit 34,4 % der gültigen Zweitstimmen ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen in Baden-Württemberg (Tabelle). Die Sozialdemokraten mussten 2009 sogar ein Minus von 10,8 Prozentpunkten hinnehmen und fielen mit einem historischen Tiefstand von 19,3 % der gültigen Zweitstimmen unter die Zwanzigprozentmarke. Die FDP hingegen konnte sich 2009 in Baden-Württemberg erheblich steigern und zwar um 6,9 Prozentpunkte auf 18,8 %. Damit erreichte sie nicht nur im Bund, sondern auch im Land ein Rekordergebnis. Die GRÜNEN konnten ebenfalls klar

zulegen (+ 3,2 Prozentpunkte) und erreichten mit einem Zweitstimmenanteil von 13,9 % ihr bestes Wahlergebnis bei Bundestagswahlen in Baden-Württemberg. Nachdem DIE LINKE 2005 in Baden-Württemberg noch unter der Fünfprozenthürde geblieben war, konnte sie diese 2009 mit einer Steigerung um 3,4 Prozentpunkte auf nun 7,2 % deutlich überspringen. Der Zweitstimmenanteil der sonstigen Parteien belief sich 2009 in Baden-Württemberg auf 6,4 % (+ 2,1 Prozentpunkte), wobei die Piratenpartei mit 2,1 % der gültigen Stimmen die mit Abstand stärkste nicht im Bundestag vertretene Partei war.

In Baden-Württemberg lag die Wahlbeteiligung mit 72,4 % zwar etwas höher als im Bund, aber auch hier gab es ein Minus von 6,3 Prozentpunkten. Der Trend einer seit 1998 sinkenden Wahlbeteiligung verstärkte sich somit. Lediglich bei der ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 war die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg niedriger. Dennoch zeigt sich bei Bundestagswahlen bis heute ein durchgängig höheres Niveau der Wahlbeteiligung im Vergleich zu Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen.

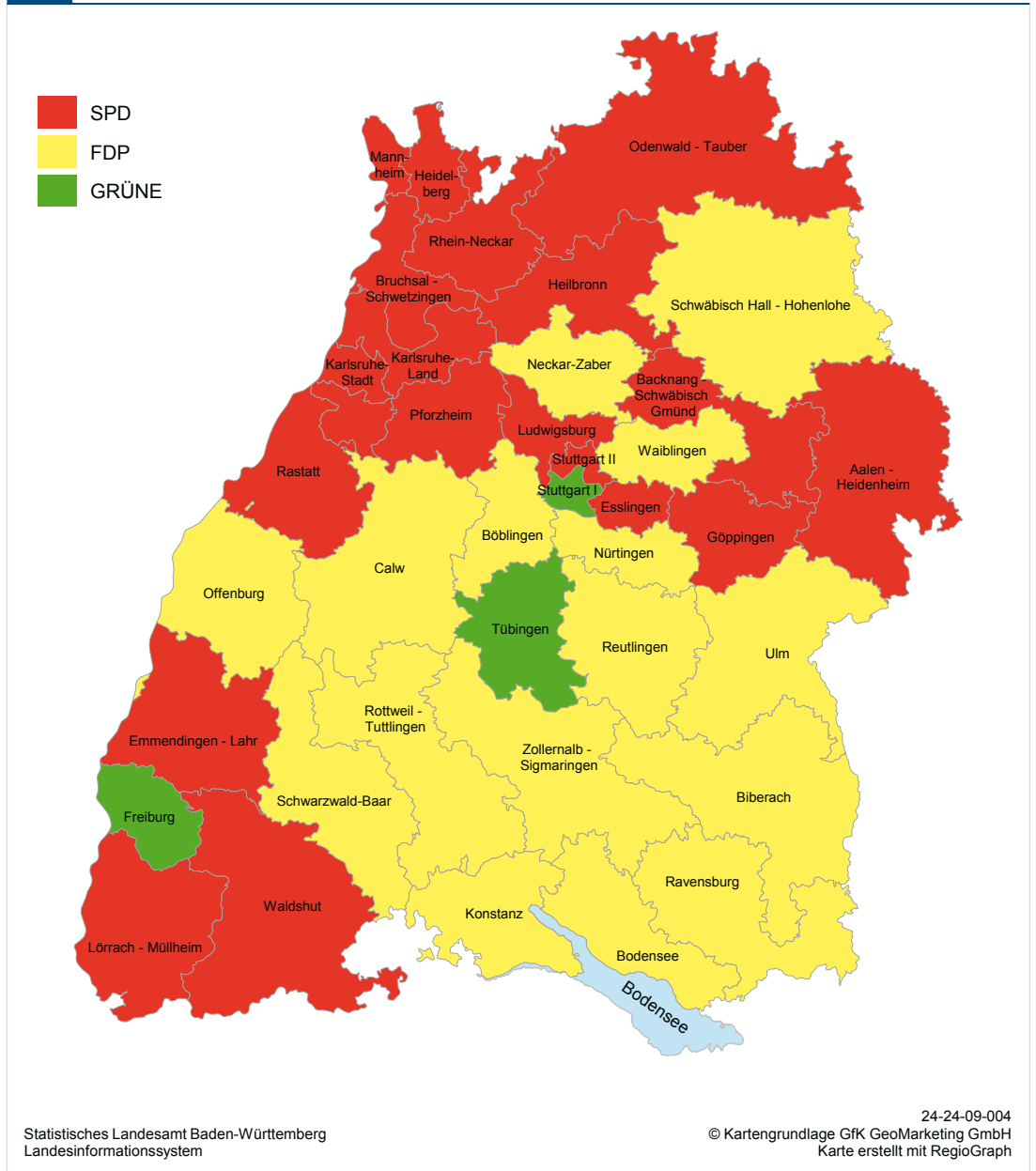
T Ergebnisse der Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1949

Tag der Wahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Gültige Zweitstimmen ¹⁾	Davon					
				CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE ²⁾	Sonstige
	1 000	%	1 000	%					
14.08.1949	4 094,7	70,0	2 745,5	39,6	23,9	17,6	-	-	18,9
06.09.1953	4 536,8	81,8	3 588,1	52,4	23,0	12,7	-	-	11,8
15.09.1957	4 857,8	84,4	3 907,8	52,8	25,8	14,4	-	-	7,1
17.09.1961	5 211,9	84,8	4 189,2	45,3	32,1	16,6	-	-	6,0
19.09.1965	5 425,1	84,8	4 452,2	49,9	33,0	13,1	-	-	4,0
28.09.1969	5 510,3	85,1	4 584,8	50,7	36,5	7,5	-	-	5,3
19.11.1972	5 960,7	90,2	5 322,1	49,8	38,9	10,2	-	-	1,1
03.10.1976	6 118,5	89,1	5 405,5	53,3	36,6	9,1	-	-	1,0
05.10.1980	6 370,5	86,6	5 454,0	48,5	37,2	12,0	1,8	-	0,4
06.03.1983	6 544,8	88,4	5 722,6	52,6	31,1	9,0	6,8	-	0,5
25.01.1987	6 830,8	83,1	5 609,0	46,7	29,3	12,0	10,0	-	2,1
02.12.1990	7 121,8	77,4	5 439,4	46,5	29,1	12,3	5,7	0,3	6,2
16.10.1994	7 205,0	79,7	5 668,8	43,3	30,7	9,9	9,6	0,8	5,7
27.09.1998	7 256,9	83,1	5 945,4	37,8	35,6	8,8	9,2	1,0	7,6
22.09.2002	7 418,8	81,1	5 939,9	42,8	33,5	7,8	11,4	0,9	3,6
18.09.2005	7 529,2	78,7	5 822,4	39,2	30,1	11,9	10,7	3,8	4,3
27.09.2009	7 633,8	72,4	5 442,1	34,4	19,3	18,8	13,9	7,2	6,4

1) 1949: Stimmen. – 2) 1990: PDS/LL, 1994 bis 2002: PDS, 2005: DIE LINKE.

S2

Partei mit dem zweithöchsten Zweitstimmenanteil nach der CDU bei der Bundestagswahl 2009 in den Wahlkreisen Baden-Württembergs



Insgesamt zogen 84 Abgeordnete aus Baden-Württemberg in den Bundestag ein, 37 davon von der CDU, jeweils 15 von der SPD und der FDP, 11 von den GRÜNEN und 6 von der Partei DIE LINKE (Schaubild 1).

GRÜNEN (3 Wahlkreise) den zweiten Rang in der Wählergunst hinter den Christdemokraten zu erreichen.

Die aus den Verlusten der Sozialdemokraten resultierende quantitative Annäherung der Zweitstimmenanteile von SPD, FDP und GRÜNEN bei der Bundestagswahl 2009 wird in *Schaubild 2* deutlich, welches die Parteien mit dem zweithöchsten Zweitstimmenanteil nach der CDU in den Wahlkreisen Baden-Württembergs zeigt. Es veranschaulicht, dass die SPD nur noch in 19 Wahlkreisen auf Platz 2 lag, in den restlichen 19 Wahlkreisen gelang es entweder der FDP (16 Wahlkreise) oder den

Wahlbeteiligung: Zunehmender Einfluss älterer Wähler, Männer nach wie vor mit höherem Wahlinteresse als Frauen

Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik¹ hat sich das Einflusspotenzial älterer Wähler durch die demografische Alterung der Gesellschaft sowie die Wahlmüdigkeit der jüngeren Wahlberechtigten deutlich erhöht. Auch in Baden-Württemberg hat sich die Altersstruktur der Wahlberechtigten in den letzten 30 Jahren erheblich verschoben und

1 Die Repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung, die Informationen über die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen liefert. Darüber hinaus sind Aussagen über die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen möglich.

das zahlenmäßige Gewicht der älteren Wahlberechtigten hat deutlich zugenommen. Zudem blieb der Wahleifer der jüngeren Wahlberechtigten klar unter der ohnehin schon gesunkenen baden-württembergischen Beteiligungquote von 72,4 %. Somit „verschenkten“ die jüngeren Baden-Württemberger durch ihr mangelndes Wahlinteresse politisches Einflusspotenzial. Während von den 60-Jährigen und Älteren knapp 72 % ihre Stimme abgaben,² machten weniger als 60 % der unter 30-jährigen baden-württembergischen Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Insgesamt konnte bei der Bundestagswahl 2009 somit in der Tendenz – wie bereits bei früheren Bundestags-, Landtags- und Europawahlen – eine mit dem Alter zunehmende Wahlbeteiligung festgestellt werden. Die niedrigste Beteiligung wiesen dabei die 21- bis 29-Jährigen auf, von denen sich lediglich 57,6 % an der Wahl beteiligten. Demgegenüber lag die Wahlbeteiligung der Erstwähler (18- bis 20-Jährige) mit 63,3 % höher. Bei den Wahlberechtigten in den „Dreißigern“ lag die Wahlbeteiligung bei 64,0 %, bei den 40- bis 49-Jährigen bei 70,9 % und bei den 50- bis 59-Jährigen bei 73,3 %. Die 60- bis 69-Jährigen wiesen mit 76,7 % schließlich die klar höchste Wahlbeteiligung auf, während die Beteiligung bei den 70-jährigen und älteren Wahlberechtigten wieder deutlich nachließ (67,9%).

Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei der Bundestagswahl 2009, wie bereits bei früheren

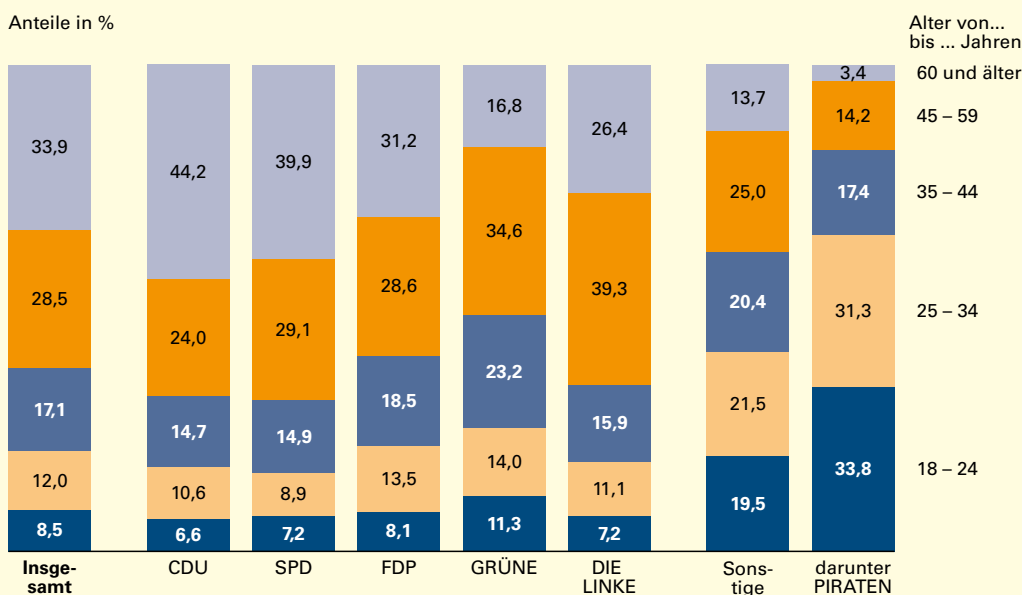
Wahlen, unter der der Männer. So beteiligten sich 69,9 % der baden-württembergischen Männer, aber nur 67,3 % der Frauen an der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag (Unterschied von 2,6 Prozentpunkten). Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 war der Rückstand der Frauen in Sachen Wahlbeteiligung etwas größer geworden, damals lag die Beteiligungsquote der Frauen „nur“ 2,3 Prozentpunkte unter der der Männer.

Deutliche Unterschiede in der demografischen Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien

Die Repräsentative Wahlstatistik liefert auch Informationen über die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien. In Baden-Württemberg hatte die CDU bei der Bundestagswahl 2009 von allen Parteien den höchsten Anteil an älteren Wählern (*Schaubild 3*): Während unter den baden-württembergischen Wählern insgesamt 33,9 % 60 Jahre oder älter waren, lag der Anteil der Senioren unter den CDU-Wählern sogar bei 44,2 %. Die unter 60-Jährigen waren bei den Wählern der CDU hingegen unterrepräsentiert. Auch bei den SPD-Wählern waren die Senioren klar überrepräsentiert (39,9 %) und stellten gleichzeitig die mit Abstand größte Wählergruppe der SPD. Wie bei der CDU war der Anteil der 18- bis 34-jährigen Wähler bei

S3

Wählerschaft ausgewählter Parteien bei der Bundestagswahl 2009 in Baden-Württemberg nach Altersgruppen

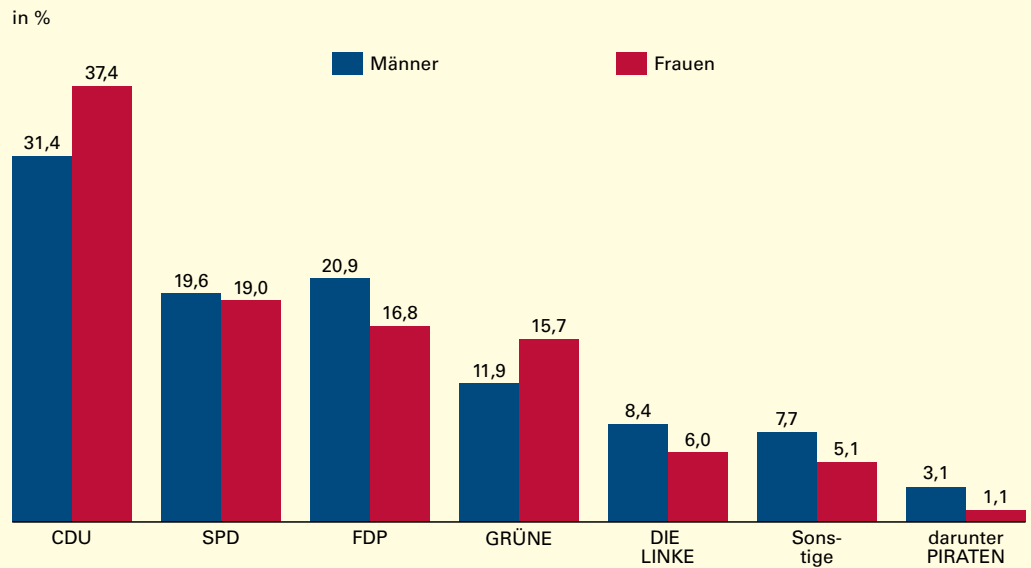


Datenquelle: Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik.

2 Die Angaben über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen werden aus den Wählerverzeichnissen gewonnen. Dabei wird die Wahlbeteiligung nur für die Wahlberechtigten ohne Wahlschein ausgewiesen.

S4

Stimmabgabe der baden-württembergischen Wähler bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht



Datenquelle: Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

363 13

der SPD unterdurchschnittlich. Im Vergleich zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien wich die Zusammensetzung der FDP-Wählerschaft am wenigsten von der Altersstruktur der gesamten Wählerschaft ab. Auch wenn der Anteil der mindestens 60-Jährigen bei der FDP mit 31,2 % etwas geringer war als in der Gesamtwählerschaft, hatte die FDP ihre größte Wählerbasis ebenfalls bei den Senioren. Darüber hinaus schnitt sie bei 25- bis 44-Jährigen leicht überdurchschnittlich ab. Für die Wähler der GRÜNEN lassen sich große Unterschiede zur gesamten Wählerschaft feststellen, im Gegensatz zu den beiden großen Parteien waren hier allerdings die Senioren stark unterrepräsentiert: Während etwa ein Drittel der Gesamtwählerschaft (33,9 %) 60 Jahre oder älter war, lag der Anteil dieser Altersgruppe bei den GRÜNEN bei lediglich 16,8 %. Alle anderen Altersgruppen waren überrepräsentiert, nahezu die Hälfte der grünen Wählerschaft war jünger als 45 Jahre. Bei der Partei DIE LINKE hatte die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen ein klar überdurchschnittliches Gewicht. Senioren waren hingegen deutlich, alle übrigen Altersgruppen zumindest leicht unterrepräsentiert. Die Wählerschaft der Piratenpartei war bei der Bundestagswahl 2009 in Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Parteien schließlich klar am jüngsten: Mehr als ein Drittel der Wählerinnen und Wähler (33,8 %) war jünger als 25 Jahre, ein weiteres knappes Drittel (31,3 %) war zwischen 25 und 34 Jahren alt. Während also in der Gesamtwählerschaft

lediglich etwas mehr als jeder fünfte Wähler (20,4 %) jünger als 35 Jahre war, befanden sich fast zwei Drittel der Wähler der PIRATEN in dieser Altersgruppe. 45-jährige und ältere Wähler, die insgesamt mehr als 60 % der Wähler stellten, waren bei der Piratenpartei mit einem Anteil von deutlich unter 20 % dagegen klar unterrepräsentiert.

Baden-Württembergerinnen stimmten häufiger für CDU und GRÜNE

Die Untersuchung der Stimmabgabe der Wähler nach Geschlecht zeigt, dass die CDU in Baden-Württemberg deutlich mehr Zweitstimmen von Frauen als von Männern erhalten hat: Während 37,4 % der Baden-Württembergerinnen die CDU wählten, waren dies bei den Männern lediglich 31,4 % (*Schaubild 4*). Auch für die GRÜNEN entschieden sich klar mehr Frauen (15,7 %) als Männer (11,9 %). Bei der SPD ergaben sich mit Blick auf ihre Wählerschaft kaum Differenzen nach Geschlecht; Männer stimmten etwas häufiger (19,6 %) für die Sozialdemokraten als Frauen (19,0 %). Für die FDP stimmten hingegen deutlich mehr Männer als Frauen (20,9 % der Männer, aber nur 16,8 % der Frauen). Ähnliches gilt für DIE LINKE, für die 8,4 % der Männer, aber nur 6,0 % der Frauen ihre Stimme abgaben. Auch bei den sonstigen Parteien machten mehr Männer (7,7 %) als Frauen (5,1 %) ihr Kreuz (bei den PIRATEN 3,1 % der Männer, aber nur etwa 1,1 % der Frauen).

Knapp ein Drittel der Abgeordneten im Deutschen Bundestag weiblich

Trotz einer leichten Steigerung gegenüber 2005 sind Frauen auch im 2009 gewählten Bundestag weiterhin unterrepräsentiert; von den insgesamt 622 gewählten Abgeordneten waren nur 204 Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 32,8 %, was ein Prozentpunkt mehr als bei der Bundestagswahl 2005 ist (31,8 % Frauen). Unter den aus Baden-Württemberg gewählten 84 Abgeordneten waren 23 Frauen, was einem Anteil von 27,4 % entspricht und damit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Noch ungünstiger sieht die Bilanz dabei für die baden-württembergischen Wahlkreiskandidatinnen aus: Obwohl nahezu jeder vierte Wahlkreisbewerber weiblich war (24,5 %), konnten letztendlich nur 7,9 % der Direktmandate von Frauen gewonnen werden.

Ausblick 2013: Mehr Wahlberechtigte, nahezu unveränderte Wahlkreise, neues Wahlrecht

Die Anzahl der Wahlkreise bleibt in Baden-Württemberg für die Bundestagswahl 2013 unverändert bei 38. Der Gesetzgeber hat als Reaktion auf kommunale Gebietsänderungen lediglich geringfügige Anpassungen der Wahlkreisgrenzen vorgenommen. Dies war durch die Eingliederung von Teilen der Siedlungsfläche des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ (Wahlkreis 289 Reutlingen) in die Gemeinde Heroldstatt und die Stadt Schelklingen (beide Wahlkreis 291 Ulm) nötig geworden.

Bei der Bundestagswahl 2009 waren in Baden-Württemberg insgesamt rund 7,63 Mill. Männer und Frauen dazu aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen. Damit stieg die Zahl der Wahlberechtigten seit der Bundestagswahl 2005 um knapp 105 000 Personen an. Nach Schätzung des Statistischen Landesamtes werden zur Bundestagswahl am 22. September 2013 in Baden-Württemberg voraussichtlich etwa 7,64 Mill. Deutsche wahlberechtigt sein. Damit würde in Baden-Württemberg die Zahl der Wahlberechtigten geringfügig ansteigen.

Wahlsystem und Sitzverteilung bei der Bundestagswahl 2013: Änderungen durch Urteile des Bundesverfassungsgerichtes

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag hat jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der Erststimme entscheiden die Wähler darüber, welcher Kandidat aus ihrem Wahlkreis in den Bundestag einzieht. Mit der Zweitstimme wird die Landesliste einer Partei gewählt. Wie viele Sitze eine Partei insgesamt im Bundestag erhält, wird seit der Bundestagswahl 2009 mit Hilfe des Verfahrens Sainte-Laguë/Schepers ermittelt.

Durch die bei den bisherigen Bundestagswahlen übliche Form der Sitzverteilung konnte jedoch das Phänomen des sogenannten negativen Stimmgewichts auftreten. Dies bedeutet, dass ein höherer Wert an Zweitstimmen für eine Partei in einer geringeren Mandatszahl resultieren kann. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 3. Juli 2008 daher Teile des im Bundeswahlgesetz festgelegten Sitzzuteilungsverfahrens als mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt. Auch die daraufhin vom Bundestag im September 2011 verabschiedete Wahlrechtsreform blieb gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. Juli 2012 verfassungswidrig. Die in der Folge vom Bundestag beschlossene Änderung des Bundeswahlgesetzes soll nun die Überhangmandate mit Ausgleichsmandaten ausgleichen und soll somit das Auftreten des negativen Stimmgewichts beseitigen.³ Durch die Einführung zusätzlicher Ausgleichsmandate sollen Überhangmandate neutralisiert werden, sodass die Sitzzahl der Parteien gemäß ihrem Zweitstimmenergebnis erzielt wird. Aufgrund dieser Änderung wird sich die Zahl der Abgeordneten im neuen Bundestag vermutlich deutlich erhöhen. ■

Weitere Auskünfte erteilen
Monika Hin, Telefon 0711/641-26 04,
Monika.Hin@stala.bwl.de
Ellen Schneider, Telefon 0711/641-21 09,
Ellen.Schneider@stala.bwl.de

³ Detaillierte Informationen zu den Rechtsgrundlagen der Bundestagswahl 2013 finden sich auf den Internetseiten des Bundeswahlleiters sowie der Landeswahlleiterin Baden-Württembergs.